Landtag Brandenburg

5. Wahlperiode

P-SR 5/20

Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten

Krajny sejm Bramborska
Rada za serbske nastupnosći

Protokoll

20. Sitzung (öffentlich - gemeinsam mit dem Rat für sorbische Angelegenheiten des Landtages Sachsen)

12. November 2012

Dresden - Sächsischer Landtag

10.40 Uhr bis 13.15 Uhr

Vorsitz:	Maria Michalk
Protokoll:	Evelin Däberitz
Anwesende Ratsmitglieder:	Harald Koncak Torsten Mak Helmut Matik Měto Nowak Angela Šurmanowa

Datum der Ausgabe: 31.01.2013

Rada za serbske należnośće **Rat für sorbische Angelegenheiten**

28.11.2012

Protokoll

der gemeinsamen Sitzung

des Rates für sorbische Angelegenheiten des Freistaates Sachsen

und des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten des Landes Brandenburg

am 12.11.2012 in Dresden, Sächsischer Landtag, 10.40 Uhr–13:15 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

TOP 1: Begrüßung

Die Vorsitzende des Rates für sorbische Angelegenheiten, **Frau Michalk**, begrüßte alle Anwesenden zur diesjährigen gemeinsamen Sitzung beider Sorbenräte und hieß insbesondere die Gäste aus Brandenburg und die Abgeordneten beider Landtage in Dresden willkommen.
Sie gab ihrer Freude darüber Ausdruck, dass der Sächsische Landtag als Zeichen der Wertschätzung aus Anlass der heutigen Sitzung extra die sorbische Flagge gesetzt habe.
Nach einer kurzen Vorstellung aller Anwesenden bestätigten die Mitglieder der Räte die vorgesehene Tagesordnung.

TOP 2: Entwicklung der Kindertageseinrichtungen im sorbischen Siedlungsgebiet und ihre Förderung

Die Vorsitzende des Rates für sorbische Angelegenheiten, **Frau Michalk,** berichtete über das Witaj-Projekt im Freistaat Sachsen und schätzte es als sehr positiv ein. Dieses Projekt, das durch die Anwendung der Immersionsmethode eine besondere frühkindliche Bildung ermögliche, laufe stabil, bedürfe aber immer der besonderen Aufmerksamkeit. Dies schließe auch den Übergang der Kinder von der Kindertagesstätte in die Grundschule ein.
Durch die Einbindung der Jugendämter und regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit sei bei den Eltern ein zunehmendes Interesse an der Unterbringung von Kindern in sorbischen Kindertagesstätten zu verzeichnen. Allerdings müsse dieses Interesse auch manchmal geweckt werden.
Die Träger sorbischer Kindertageseinrichtungen erhielten für den sorbischen Mehraufwand Mittel des Freistaates Sachsen auf der Grundlage der SächsSorbKitaVO. Derzeit gebe es Initiativen bezüglich der Erhöhung des Fördersatzes.

Frau Budar informierte über den aktuellen Stand. Derzeit würden im Freistaat Sachsen aus Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus etwa 1000 Kinder über das Witaj-Projekt gefördert, jede Gruppe erhalte 5 Tsd. EUR pro Jahr. Da das im Land Brandenburg zuständige Ministerium bisher keine analoge

Förderung gewähre, werde diese von der Stiftung für das sorbische Volk übernommen. Dies sei eine Schieflage, die perspektivisch nicht länger hinzunehmen sei. Deshalb bat sie die anwesenden Abgeordneten des Landtages Brandenburg und Vertreter der Landesregierung Brandenburg, sich dafür einzusetzen, dass das Land Brandenburg das Witaj-Projekt analog zum Freistaat Sachsen fördert. Für das Witaj-Projekt müsse auch in Zukunft geworben werden, denn es sei festzustellen, dass derzeit weder im Freistaat Sachsen noch im Land Brandenburg neue Witaj-Gruppen entstünden. Zum Erhalt und zur Aktivierung des Gebrauchs der sorbischen Sprache seien Anstrengungen sowohl im Freistaat Sachsen als auch im Land Brandenburg nötig.

Herr Nowak erkundigte sich nach der rechtlichen Grundlage, nach der im Freistaat Sachsen diese Förderung erfolgt, und informierte darüber, dass das Brandenburger Ministerium für Bildung, Jugend und Soziales für ausgewählte Projekte eine Förderung gewähre. Es gebe unterschiedliche, aber leider nicht flächendeckende Angebote (nur nördlich von Cottbus). Für Werbung stehe kein Geld zur Verfügung. Problematisch sei das Fehlen von genügend Fachpersonal und Erziehernachwuchs. Derzeit hätten kommunale Träger der Kindertageseinrichtungen keine Daten, wann wo welche Erzieher gebraucht werden. Damit sei keine langfristige Planung möglich. Leider unterstützten nur wenige Kommunen das Anliegen des Witaj-Projekts aktiv, was seiner Einschätzung nach jedoch sprachpolitisch dringend notwendig sei.

Frau Michalk verwies darauf, dass es sehr wichtig sei, mit den Trägern der Kindertagesstätten zusammenzuarbeiten. So habe der Rat für sorbische Angelegenheiten in der Vergangenheit mehrfach Treffen mit allen Trägern von Kindertageseinrichtungen im sorbischen Siedlungsgebiet organisiert und diese für das Witaj-Projekt sensibilisiert und zu dessen Durchführung ermuntert.
Ab 2013 ändere sich die Situation, da dann ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung bestünde. Aus den Bedarfsplänen, welche die Jugendämter erarbeiten, ergebe sich auch der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern. Leider fehle für das Witaj-Projekt auch im Freistaat Sachsen entsprechendes Fachpersonal. Die Ausbildung des Fachpersonals müsse deshalb um den Spracherwerb ergänzt werden.

Frau Thomas schätzte auf Nachfrage von Frau Schumann ein, dass eine gegenseitige Hilfe in diesem Ausbildungsbereich kaum möglich sei, da die rechtlichen Grundlagen in Sachsen und Brandenburg sehr voneinander abwichen.
Die Beherrschung der sorbischen Sprache sei die Grundlage für den Einsatz von Erzieherpersonal in Witaj-Einrichtungen. In Bautzen seien nur etwa drei Erzieherinnen pro Ausbildungsjahr sorbischsprachig oder am Erlernen der sorbischen Sprache interessiert.

Frau Schumann teilte mit, dass Erzieherinnen im Land Brandenburg immer wieder Fortbildungsbedarf hinsichtlich des Witaj-Projekts signalisieren würden. Sie fragte an, ob grundsätzlich die Möglichkeit bestünde, diese in sorbische Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen zur Hospitation zu entsenden.

Frau Budar sagte, dass Hospitationen generell möglich wären, dies allerdings einer guten Planung bedürfe. Die Zahl derer, die sich aus unterschiedlichen Gründen für das Witaj-Projekt interessieren und dieses vor Ort erleben oder untersuchen möchten, sei groß. Es sei wichtig, in den Einrichtungen dadurch nicht zu viel Unruhe zu stiften.

Herr Nowak erkundigte sich nach der Entwicklung des Witaj-Projekts im Hortbereich im Freistaates Sachsen.

Frau Budar informierte darüber, dass der Bedarf im Hortbereich steige. Eltern hätten zunehmend Interesse daran, dass ihre Kinder im Rahmen der Hortbetreuung die sorbische Sprache anwenden.

Herr Hermasch berichtete, dass in Schleife eigens dafür Muttersprachler eingestellt worden seien. Allerdings sei es sehr schwierig, geeignete Personen zu finden, die diese Aufgabe übernehmen.

Herr Diskowski bemerkte, dass beim Land Brandenburg jetzt die Möglichkeit bestünde, über Personalverordnungen geeignetes Erzieherpersonal einzubeziehen (Quereinsteiger). Er bat Herrn Nowak dazu um eine zeitnahe Verständigung.

Herr Mak berichtete von seinen Erfahrungen, dass das Interesse der Auszubildenden am Sorbischen im Verlauf der Ausbildungsjahre nachlasse. Deshalb sei es erforderlich, dass die Sorben überlegen, wie das Sorbische so attraktiv gemacht werden kann, dass es für die Auszubildenden dauerhaft interessant ist.

Frau Budar fragte bei Herrn Konzack an, wie erreicht werden könnte, dass das Land Brandenburg das Witaj-Projekt analog zum Freistaat Sachsen fördert.

Der Vorsitzende des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten, **Herr Konzack**, sagte zu, alle Möglichkeiten zu nutzen, um dies anzuregen. Seine Erfahrungen hätten aber gezeigt, dass die Einführung von Neuerungen schwer sei.

Herr Dr. Hoffmann lobte den Freistaat Sachsen für dessen Engagement im Bildungsbereich. Im Land Brandenburg würde leider alles die Sorben/Wenden Betreffende in die Zuständigkeit der Stiftung für das sorbische Volk verwiesen. Seiner Ansicht nach müssten sowohl die Verantwortlichen beim Land Brandenburg als auch die kommunalen Träger motiviert werden, den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Den Verantwortlichen müsste aufgezeigt werden, welche Chancen sich aus dem Alleinstellungsmerkmal des sorbischen Siedlungsgebiets ergeben.

Frau Michalk verwies zusammenfassend darauf, dass die frühkindliche Spracherziehung durch nichts zu ersetzen sei. Deshalb sollten alle Anstrengungen unternommen werden, dass möglichst viele Kinder die sorbische Sprache erlernen können. Nötig sei deshalb die kontinuierliche Sensibilisierung der Träger von Kindertagesstätten. Für den steigenden Bedarf an sorbischsprachigem Erzieherpersonal müsse Vorsorge getroffen werden, die Bedarfsplanung der Jugendämter müsse dies berücksichtigen. Im Land Brandenburg sollten die Möglichkeiten der Personalverordnung genutzt werden. Aber auch die Evaluierung des Witaj-Projektes dürfe nicht vernachlässigt werden.

Zusätzlich informierte Frau Michalk darüber, dass in der kommenden Woche im Deutschen Bundestag eine Sprachendebatte anlässlich 20 Jahre Unterzeichnung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates geplant sei.
Wichtig sei, das Thema permanent präsent zu halten.

TOP 3: Novellierung des Gesetzes zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben (Wenden) im Land Brandenburg

Herr Konzack berichtete kurz den Sachstand zur Novellierung des Gesetzes. Seit nunmehr zehn Jahren werde die Überarbeitung angestrebt. Neun Abgeordnete aus der Lausitz hätten nun parteiübergreifend einen Entwurf erarbeitet. Seit der Verabschiedung des derzeit gültigen Gesetzes hätten sich die Rahmenbedingungen gravierend verändert (z.B. durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates oder das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten in Europa).
Die Novellierung gestalte sich sehr schwierig. Nach seiner Einschätzung stehe bei der Landesregierung Brandenburg nicht die Unterstützung der Minderheit an oberster Stelle, sondern der Kostenfaktor. Dies sei schlecht für die Minderheit.
Nach der 1. Lesung habe am vergangenen Mittwoch eine viel beachtete Experten-anhörung stattgefunden, durch welche die Novelle unterstützt wurde. Aufgabe sei nun eine gründliche Auswertung. Die 2. Lesung sollte möglichst im ersten Quartal 2013 stattfinden.

Herr Nowak erklärte, dass sich die Novelle am Sächsischen Sorbengesetz orientiere, z.B. bei den Regelungen zur Sprache vor Gericht oder beim Berichtswesen. Diese Neuregelungen wurden in Brandenburg bisher als „ungesetzlich" abgelehnt.

Frau Michalk informierte kurz über Sachstand zum Thema „Sorbische Sprache vor Gericht" und die Schwierigkeiten, die sich im Freistaat Sachsen durch die Zusammenlegung von Landkreisen ergeben hätten. Auch für diese Problematik habe man letztlich eine Lösung gefunden.

Herr Schiemann gab zu bedenken, dass das Bundesgesetz von Heimatkreisen der Sorben spräche *(§ 184 Gerichtsverfassungsgesetz)*. Diese bildeten das sorbische Siedlungsgebiet ab. Die Möglichkeit, dass jeder sich in seiner Muttersprache vor Gericht äußern dürfe, entspräche einer uralten Gerichtstradition.

Herr Neumann informierte darüber, dass im Land Brandenburg weder LOGs noch BOGs im sorbischen Siedlungsgebiet ansässig seien.

Herr Kosel ergänzte, dass nach Bundesrecht die Sorben in ihrem Heimatkreisen die sorbische Sprache sprechen dürfen. Hier sei der Übergang zum Landesrecht verankert. Ein Problem sei die Ausdünnung von Gerichten im Siedlungsgebiet bzw. die Veränderung der Gerichtsstruktur. Die Länder hätten jedoch die Pflicht, dafür zu sorgen, dass das Bundesrecht nicht ins Leere läuft. D.h., die Gerichte benötigten sorbischsprachiges Personal. Dies sei eine Anforderung an die Landesgesetz-gebung.
Positiv hob er das Berichtswesen hervor. Durch die Berichte und entsprechende Landtagsbefassungen komme eine öffentliche Debatte zustande. Dies sei richtig und wichtig. Teile des im Sächsischen Sorbengesetz verankerten Berichts an den Sächsischen Landtag würden in die Berichterstattung zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und zum Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten einfließen. Dadurch minimiere sich der Verwaltungsaufwand für die Erstellung der Berichte. Ausgehend von seiner Erfahrung als Mitglied des Sächsischen Landtages hielte er es für sinnvoll und wünschenswert, dass der Bericht

über die Lage des sorbischen Volkes im Freistaat Sachsen in der Mitte einer Legislaturperiode vorgelegt wird, damit eine Nachbearbeitung durch das Parlament möglich ist.

Herr Brězan wies darauf hin, dass die regelmäßig vorzulegenden, eben genannten Berichte an den Europarat sowie der Bericht über die Lage des sorbischen Volkes im Freistaat Sachsen gegenüber dem Sächsischen Landtag unterschiedlich gewichtet seien. Auf allen Arbeitsebenen seien derzeit Bestrebungen zur Straffung der Berichte zu beobachten.

Zur Thematik der Festlegung des sorbischen Siedlungsgebiets informierte **Herr Nowak** über den Sachstand. Seiner Einschätzung nach sollten die Kommunen noch einmal die Möglichkeit erhalten, darüber zu diskutieren. Die Festschreibung sorbisch/wendischer Kommunen als sorbisches/wendisches Siedlungsgebiet im Land Brandenburg sei im Sinne des Rechtsfriedens aus seiner Sicht eine gute Lösung.

Herr Konzack bemerkte, dass dies ein sehr sensibles Thema sei, da das Bekenntnisprinzip hier eine große Rolle spiele. Nach Einschätzung der Fachleute bestünden keine Hindernisse, im Land Brandenburg das Siedlungsgebiet analog zum Sächsischen Sorbengesetz festzuschreiben. Die Kommunen entschieden jedoch oft nach der Kostenfrage und hätten deshalb wenig Interesse daran, als sorbisches/wendisches Siedlungsgebiet ausgewiesen zu werden.

Herr Schiemann stellte klar, dass die im Einigungsvertrag und der Verfassung verankerte Verpflichtung des Staates auf Schutz der Minderheiten auch von der kommunalen Selbstverwaltung zu erfüllen sei.
Darüber hinaus sei es außerordentlich wichtig, dass die Landesentwicklungspläne das Thema Sorben/Wenden enthielten. Ansonsten sei es schwierig, das Thema zu untersetzen.

Herr Brězan wies auf die Landtagsdrucksache Nr. 2/9376 hin, die über das Internet abrufbar sei. Diese beinhalte die Begründung zum Sächsischen Sorbengesetz.

Herr Konzack informierte darüber, dass die im Gesetzentwurf enthaltene Neuerung, einen hauptamtlichen Beauftragten für sorbische/wendische Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten einzusetzen, leider abgelehnt wurde. Der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten würde aber darauf bestehen. Deshalb habe er vorgeschlagen, als Alternative eine ehrenamtliche Stelle im Rang eines Staatssekretärs zu schaffen, wie es in Schleswig-Holstein praktiziert würde.

Herr Kosel lobte die fraktionsübergreifende Gesetzesinitiative. Bedauerlich sei das Auf und Ab der Entwicklung. Ein Landesbeauftragter für Sorben/Wenden sei aus seiner Sicht dringend erforderlich. Allerdings brauche dieser die entsprechende Qualifikation. Wie gut und wichtig dies sei, könne am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen beobachtet werden, in deren Rahmen pro Bundesland und Woiwodschaft je ein Landesbeauftragter eingesetzt sei. Er könne sich sogar eine evtl. Kopplung der beiden Funktionen vorstellen.

Herr Konzack stellte abschließend fest, dass durch das Fehlen sorbischer Abgeordneter im Landtag Brandenburg leider auch die Fachkompetenz vor Ort fehle. Dies hätte zur Folge, dass der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten wenig Unterstützung erfahre.

TOP 4: Sorbische Sprache bei Bahn und Post

Frau Michalk verwies eingangs darauf, dass Bahn und Post eigenständige Unternehmen seien, die jedoch hoheitliche Aufgaben für das Land erfüllen. Leider sei immer wieder festzustellen, dass die Akzeptanz und die Verwendung der sorbischen Sprache in der Praxis schwierig sei.
Ein Beispiel sei das neue Postleitzahlen-Buch. Im Rahmen der letzten Überarbeitung seien alle sorbischen Orts- und Straßennamen herausgefallen. Die Domowina e.V. habe deshalb eine CD mit den sorbischen Namen erstellt und diese der Post zur Verfügung gestellt, damit zumindest in der elektronischen Fassung des PLZ-Verzeichnisses diese noch ausgewiesen werden. Leider könne man diese Angaben bis heute nicht über das Internet abrufen. Aus ihrer Sicht könne das aber für jede Postdienststelle und jedes Verteilerzentrum eine große Hilfe sein.

Herr Nowak untersetzte die Sachlage mit mehreren Beispielen aus der Praxis und regte die Einladung aller Postdienstleiter und DB-Betreiber im sorbischen Siedlungsgebiet an (2 Veranstaltungen), damit diese für die Problematik sensibilisiert werden und gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeitet werden können. Leider sei es sehr schwierig, die entsprechenden Ansprechpartner herauszufinden.

Frau Michalk könnte sich vorstellen, dies im kommenden Jahr in einer ganztägigen gemeinsamen Sitzung beider Sorbenräte durchzuführen (z.B. zwei Stunden Beratung mit Post-Zustellern, zwei Stunden DB-Betreiber, zwei Stunden Sonstiges). Dieser Vorschlag fand die Zustimmung aller Beteiligten. Diese Sitzung sollte möglichst schon im ersten Halbjahr 2013 stattfinden. Beide Vorsitzende verständigten sich darauf, gemeinsam die Postdienstleister und Verkehrsunternehmen anzuschreiben.

TOP 5: Verschiedenes

1. **Maßnahmenplan der Sächsischen Staatsregierung zur Ermutigung und zur Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache**

   Frau Michalk informierte darüber, dass die Sächsische Staatsregierung im Frühjahr 2012 diesen Maßnahmenplan verabschiedet habe. Er beinhalte zahlreiche kurzfristige und langfristige Vorhaben, benenne Ansprechpartner, Verantwortliche, die jeweilige Zielgruppe und Umsetzungszeiträume. Sie wertete diesen Plan als sehr positiv und hilfreich. Zwischenzeitlich habe die Umsetzung begonnen. Sie könne sich vorstellen, dass dieses Papier auch für die Verantwortlichen im Land Brandenburg hilfreich sei. Der Maßnahmenplan ist im Internet abrufbar unter http://www.sorben.sachsen.de .

2. RegisSTAR

Frau Michalk informierte über die Aktivitäten des Rates für sorbische Angelegenheiten im Zusammenhang mit RegisSTAR. RegisSTAR sei ein datenbankgestütztes IT-Fachverfahren zur elektronischen Führung der Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister, zu dem sich fast alle Bundesländer zusammengeschlossen haben. Nach dem bisherigen Entwicklungsstand der Datenbank sei es nicht möglich, in die Datenbank slawische/osteuropäische Schriftzeichen einzutragen. Dies hätte zur Folge, dass zahlreiche sorbische Vereine und Einzelpersonen ihre Namen nicht korrekt abbilden können. Als Alternative könnten die Eintragungen handschriftlich bei den Registergerichten erfolgen, sind dann jedoch über die elektronischen Register nicht aufrufbar. Dies sei auch im Hinblick auf die namensrechtlichen Regelungen eine Benachteiligung der Sorben. Der Rat für sorbische Angelegenheiten habe deshalb im Januar 2012 das Sächsische Staatsministerium für Justiz und Europa gebeten, beim Entwicklerverbund von RegisSTAR dringend die Erweiterung um die slawischen/osteuropäischen Schriftzeichen einzufordern. Auf ihre Anfrage habe das SMJus aktuell mitgeteilt, dass noch keine Fortschritte erreicht wurden. Dies sei sehr unbefriedigend und eine Diskriminierung sorbischer Vereine. Frau Michalk bat deshalb die Verantwortlichen im Land Brandenburg, dieses Anliegen von dortiger Seite zu unterstützen.

Herr Neumann sagte zu, dieses Anliegen mitzunehmen und zur Diskussion zu stellen.

Herr Brězan regte an, den Entwicklern der Datenbank die Einbindung eines sorbischsprachigen IT-Fachmanns anzubieten.

3. Landesentwicklungsplan Sachsen

Frau Budar stellte fest, dass im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans auf fast allen Karten die Ortsnamen nur in deutscher Sprache abgebildet seien.

Frau Michalk teilte mit, dass der Rat für sorbische Angelegenheiten in seiner Arbeitssitzung am 03.12.2012 in Bautzen eine Stellungnahme erarbeiten werde, in die dieser Kritikpunkt aufgenommen werden könnte. Die 2. Anhörungsfrist zum LEP laufe bis zum 11.01.2013.

Herr Kosel bat den Rat für sorbische Angelegenheiten, diese Stellungnahme allen Fraktionen im Sächsischen Landtag zuzuleiten.

4. Pressemeldungen über Namensfeier von Freienhufen

Herr Brězan erkundigte sich nach den Hintergründen der in der Presse beschriebenen Feierlichkeiten in Freienhufen.

Frau Schumann erklärte, dass dies eine sehr unglückliche Medienberichterstattung gewesen sei. Gefeiert werden sollte in Freienhufen die erfolgreiche Abwehr der Bürger gegen die vom NS-Regime gewollte Namensänderung.

Herr Hofmann informierte, dass Freienhufen in seinem Wahlkreis läge. Er bedauere, dass dieses eigentlich sehr positive Beispiel so verzerrt in der Öffentlichkeit angekommen sei. Zwischenzeitlich habe sich die Angelegenheit jedoch beruhigt.

Zum Abschluss der Sitzung dankte die Vorsitzende **Frau Michalk** allen Anwesenden für den intensiven und offenen Austausch und für das gemeinsame Foto an der sorbischen Flagge. Sie wünschte allen Anwesenden viel Kraft und gutes Gelingen für alle anstehenden Aufgaben.

Die Mitglieder beider Sorbenräte verständigten sich darüber, dass die nächste gemeinsame Sitzung 2013 in der Niederlausitz stattfinden soll.

Ende der Sitzung: 13:15 Uhr

Maria Michalk
Vorsitzende

E. Däberitz
Protokollantin

Anlage:
Anwesenheitsliste